

Focus. - 02.07.2022

Helmut Markwort

Für die antisemitischen Motive auf der Documenta will niemand verantwortlich sein

*Niхто не хоче відповідати за антисемітські
мотиви в Documenta*

Член Вільної демократичної партії (FDP) у парламенті землі Баварія Г. Маркворт вважає, що Президент України В. Зеленський може бути задоволений щільністю дискусій на саміті G7, де домінуючою темою була Україна. За словами Г. Макворта, Україна потребує швидкої підтримки і квиток до ЄС нічого не вартий, якщо не існує демократичної держави України.

https://www.focus.de/politik/deutschland/helmut-markworts-tagebuch-fuer-die-antisemitischen-motive-auf-der-documenta-will-niemand-verantwortlich-sein_id_111289257.html

Die Documenta ist zum Streitthema geworden, die „Jüdische Allgemeine“ forderte gar Claudia Roths Rücktritt. Die Grüne hatte die Ausstellung immer wieder verteidigt, trotz Warnungen vor antisemitischen Motiven. Auch andere Politiker sehen sich nicht in der Verantwortung.

Montag: Die „Jüdische Allgemeine“ fordert Roths Rücktritt

Claudia Roth denkt nicht daran zurückzutreten. Sie ist so stolz, das Amt der Staatsministerin für Kultur ergattert zu haben, dass sie auf Appelle an ihre Verantwortung für den Antisemitismus der Documenta nicht reagiert.

Es scheint sie nicht zu berühren, dass die „Jüdische Allgemeine“ ihren Rücktritt fordert. Genauso wenig beeindruckt sie, dass ihr Kabinettschef Olaf Scholz das Bild als „abscheulich“ bezeichnet und die Ausstellung nicht besucht.

Claudia Roth hatte die Documenta immer wieder verteidigt

Trotz Warnungen vor antisemitischen Motiven hatte Claudia Roth die Documenta immer wieder verteidigt. Auch ihre Parteifreundin, die hessische Kunstministerin Angela Dorn, will nichts verantworten. Sie behauptet, die Documenta-Leitung habe ihr „immer versichert“, es gebe keine Hinweise auf antisemitische Bildsprache in Kassel. Damit sind wir im Schwarze-Peter-Spiel bei der Geschäftsführerin der Documenta angelangt.

Sabine Schormann verschanzt sich hinter der These, sie sei keine Instanz, die sich die künstlerischen Exponate vorab zur Prüfung vorlegen lassen könne. Sie dürfe die Beiträge auch nicht prüfen. Von ihren Pflichten als Hausherrin redete sie nicht.

Als das Bild veröffentlicht wurde, war das Entsetzen groß. Die Besucher sahen einen übel karikierten Juden mit Raffzähnen, blutunterlaufenen Augen und einer SS-Rune auf dem Hut. Wer hatte das Bild gemalt? Die Mitglieder des indonesischen Kuratorenkollektivs Ruangrupa demonstrierten, dass sie genauso raffiniert Schwarzer Peter spielen können wie deutsche Politiker.

Am Ende der Kette bleibt nur der Steuerzahler hängen

In der ersten Runde versteckten sie sich hinter Corona. Später verwirrten sie die Öffentlichkeit mit einer Art Schneeballsystem. 53 Lumbung-Künstler durften wieder Dutzende andere mit Werken beauftragen. Jeder Künstler konnte frei über etwa 50 000 Euro verfügen.

Das System war für die Organisatoren nicht durchschaubar. Die Politiker, die jetzt energisch Konsequenzen fordern, werden lange nach Schuldigen suchen müssen. Am Ende der Kette bleibt nur einer hängen: der Steuerzahler. Der Bund, das Land Hessen und die Stadt Kassel haben insgesamt 42 Millionen Euro in die Skandal-Documenta gesteckt.

In Kassel gibt es noch einen zweiten Skandal. Heinz Bude, der Direktor des Documenta-Instituts, hat in der ZDF-Sendung „Aspekte“ behauptet, die allermeisten Gegenwartskünstler hätten eine Sympathie für den BDS. Diese Kampagne will Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren. Wer setzt solche Leute auf solche Posten?

Das dominante Thema in Elmau war die Ukraine. Die Chefs der G7-Nationen redeten darüber in allen Nuancen. Mit der Gesprächsdichte kann Regierungschef Selenskyj zufrieden sein. Was ihn quälen muss, ist die Geschwindigkeit der Hilfe.

Das Tempo könnte höher sein. Leider gehört der deutsche Kanzler Olaf Scholz nicht zu den Treibern. Er redet häufig davon, dass Deutschland sich mit seinen Partnern abstimmen müsse. Dabei erweckt er den Eindruck, sich gerne vorsichtig am Ende des Geleitzugs aufzuhalten. An diese Mentalität hat wohl auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil gedacht, als er von Deutschland mehr Führung gefordert hat.

Die Ukraine braucht schnelle Unterstützung. Die Eintrittskarte in die EU ist nichts wert, wenn der demokratische Staat Ukraine nicht mehr existiert.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Dieser Text erschien am 2. Juli 2022.